

Richtige Fassung

II-3197 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Wien, am 14. Jänner 1974

Zl. 22.215-Präs.G/73

Parlamentarische Anfrage Nr. 1507/J
der Abgeordneten Regensburger und
Genossen betreffend mangelhafte
Absicherung der Fernpaßstraße durch
Gefahrenzeichen

1496 / A.B.
zu 1507 / J.
Präs. am 25. Jan. 1974

An den
Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament

In Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 1507/J, betreffend "Mangelhafte Absicherung der Fernpaßstraße durch Gefahrenzeichen", die die Abgeordneten Regensburger und Genossen am 28. November 1973 an mich richteten, beehre ich mich, im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Verkehr folgendes mitzuteilen:

Gemäß § 43 Abs. 6 in Verbindung mit § 32 Abs. 1 StVO 1960 hat Gefahrenzeichen grundsätzlich der Straßenerhalter ohne behördlichen Auftrag auf seine Kosten anzubringen und zu erhalten. Allerdings kann die Behörde gemäß § 98 Abs. 3 StVO dem Straßenerhalter unter gewissen Voraussetzungen vorschreiben, u.a. auch Gefahrenzeichen an den von ihr zu bestimmenden Stellen anzubringen. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit der Vollziehung der Straßenverkehrsordnung 1960, die gemäß Art. 11 Abs. 1 Z.4 B-VG Landessache ist und den Landesregierungen obliegt; in Angelegenheiten der Straßenpolizei ist lediglich die Gesetzgebung Bundessache. Auf Grund

**DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Blatt 2

dieser Verfassungsrechtslage habe ich keine rechtliche Handhabe, auf die Vollziehung der Straßenverkehrsordnung Einfluß zu nehmen.

Daraus ergibt sich, daß ich für die aufgezeigten Mißstände nicht verantwortlich und für deren Behebung auch nicht zuständig bin. Ich habe daher die vorliegende Anfrage an den Herrn Landeshauptmann für Tirol mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet und gebeten, diese dem nunmehr zuständigen Bundesminister für Verkehr zukommen zu lassen.

